

Verrohung der Zivilgesellschaft verhindern. Die Mitte der Gesellschaft schützen.

Beschluss

der Jahreshauptversammlung am 05.09.2020 in Leck:

Die JUNGE UNION NORDFRIESLAND fordert:

- Eine erhebliche Erhöhung der Bußgelder für
 - Seitenstreifenfahrer
 - Motorradfahrer, die sich im Stau durchschlängeln
 - Rettungsgassenblockierer sowie durch diese verursachte Behinderung, Gefährdung oder Sachbeschädigung
 - Rettungsgassenausnutzer
 - Gaffer
- Eine Erhöhung des maximalen Strafmaßes in § 201a StGB auf 3 Jahre
- Eine weitere Strafmaßschärfung für Angriffe auf Personen der §§ 113 ff. StGB durch Erhöhung des Mindeststrafmaßes
 - Von § 114 I StGB auf 6 Monate
 - Von § 113 II StGB auf 1 Jahr (wird somit zum Verbrechen)
- Beschwerdeverfahren aller Arten gegen Sicherheits- und Ordnungskräfte weiterhin nur nach gängiger Beweislast des Beschwerdeführers
- Eine Stärkung des Berufes von Sicherheits-, Ordnungs- und Rettungskräften, insbesondere der Polizei
 - durch ausdrücklichen Rückhalt statt genereller Verdächtigung von obersten Dienstherren und Politik
 - durch Erhöhung der Personalschlüssel für Stellenpläne in Revieren und Dienststellen

Begründung:

In den vergangenen Jahren häufen sich Fälle, in denen Rettungs- und Ordnungskräfte beleidigt, behindert oder gar angegriffen werden. Die Hemmschwelle zur Gewalt sinkt immer weiter, Respekt in der Zivilgesellschaft scheint zu schwinden. Im Ergebnis erleben wir auch immer häufiger, dass Rettungsgassen nicht eingehalten werden oder Gaffer an Unfallorten ein absolut inakzeptables Verhalten an den Tag legen. Sie behindern Retter, verletzen die Würde und Persönlichkeitsrechte der Opfer. Auch in Nordfriesland häufen sich die Fälle.

Die Gründe dafür sind vielschichtig. Sie reichen von Veränderung der Debattenkultur und Filterblasen bis hin zu salonfähigem, extremem Egozentrismus. Der Staat muss reagieren.

Zwar wurden die §§ 114 f. des Strafgesetzbuches (StGB) angepasst und erweitert, die Schärfung von Strafmaß und Schaffung neuer Tatbestände waren richtig, aber nicht ausreichend.

Bestimmte Akteure, insbesondere im Linken politischen Spektrum, verstärken eine solche Tendenz. Das neue Antidiskriminierungsgesetz (LADG) des Landes Berlin verdeutlicht dies am besten. Die Polizei wird u.a. durch Beweislastumkehr in Beschwerdeverfahren unter Generalverdacht gestellt. Dabei müssen Bund und Länder sich hinter ihre Polizei stellen, mit gutem Beispiel für Respekt und Anerkennung vorangehen.